

Budapester Kriegsbrief.

(Von besonderer Seite.)

—, 9. Mai.

Mußte das sein? War das notwendig oder war es auch nur klug? Unsere Akademie der Wissenschaften hat nämlich auf Antrag des Universitätsprofessors und politisierenden Schöngeistes Holt v. Beöthy in ihrer jüngsten Plenarsitzung dafür Stellung genommen, daß im Amtsgebrauche die ungarischen Bezeichnungen der ausländischen Städte und sonstigen geographischen Begriffe beibehalten werden. Also nicht Wien sondern „Bécs“, nicht Leipzig sondern „Lipcse“, nicht Breslau sondern „Borosló“ usw. Von Seite unserer vaterländischen Gelehrten fand sich ein tadellos patriotisch gesinnter Mann der Wissenschaft, dem die Sache doch ein wenig unpassend erschien. Er trat als Funktionär der Ungarischen Geographischen Gesellschaft mit dem vollen Rute der Ueberzeugung für den Standpunkt der internationalen Parität ein. Wenn wir von den Ausländern fordern, daß sie statt Preßburg, Klausenburg und Pest korrekterweise Bozsony, Kolozsvár und Budapest schreiben, so ist es seiner Ansicht nach nur recht und billig, daß wir die fremden geographischen Benennungen nicht um jeden Preis magyarisieren. Denn dieses Hineinzerrten der einseitigen Chauvinistenpolitik in den offiziellen Sprachgebrauch ist nicht nur geeignet, im Auslande böses Blut zu machen, sondern fördert überdies die heimische Unbildung, indem es die einheitliche Kenntnis internationaler Eigennamen stört und in den Köpfen der Mindergebildeten leicht unliebsame Störungen hervorruft, die zum Wiederaufleben des kaum erst überwundenen „ungarischen Globus“ führen können.

So und ähnlich argumentierte der genannte Geograph. Er mußte sich dafür den Vorwurf gelehrfamer Verzopfttheit gefallen lassen und wenig hatte gefehlt, so wäre ihm das Brandmal des qualifizierten Hochverrates aufgedrückt worden. Herr v. Beöthy setzte in der Akademie die einstimmige Annahme seines Antrages durch und die hiesigen Chauvinistenblätter frohlocken über den „Sieg des Ungarismus.“

War das zeitgemäß und vernünftig? Glaubt man damit im Ausland imponieren zu können? Meint man, daß Europa und einige andere Erdteile, die durch den größten Weltkrieg der Geschichte so überaus hart in Mitleidenschaft gezogen sind, keine andere Sorge haben, als diese Art von Nationalpolitik für einen Akt der politischen Reifeheit gelten zu lassen? Sagt einem nicht vielmehr der gesunde Menschenverstand, daß wir in jeder Beziehung klüger gehandelt hätten, wenn wir die alte Praxis auf sich beruhen lassen und dem nichtungarischen Ausland keine Gelegenheit geben, uns zu sehr unrechter Zeit in ein recht schiefes Licht zu setzen?

Bisher ist es keinem Ungar eingefallen, im nichtamtlichen ungarischen Briefverkehr oder im

ungarischen Privatgespräch „Wien“ anstatt „Bécs“ zu sagen und auch die ungarischen Zeitungen haben sich niemals veranlaßt gefühlt, einen österreichischen oder reichsdeutschen Ort, der eine historische ungarische Benennung hat, anders als mit dieser zu bezeichnen. Bei Verkehrsämtern hingegen wurden bis jetzt und werden auch in Zukunft die internationalen Bezeichnungen gebraucht werden. Wozu also ein solcher akademischer Zusatzbeschluss? Will man etwa, daß die österreichischen und die reichsdeutschen Zeitungen, denen man die dort gewohnten Namenklaturen wie „Pest“, „Klausenburg“, „Preßburg“ mit Berufung auf das ungarische Ortsnamengesetz kaum erst abgewöhnt hat, zur Wiederaufnahme der hiezulande so sehr verpönten alten Praxis veranlassen? Das und noch manch Aergeres kann die Akademie mit ihrer Stellungnahme erreichen. Sonst aber hat sie in Kreisen ernster Patrioten nichts erreicht, als ein bedauerndes Schütteln des Kopfes über jenes geringe Maß von politischer Weisheit, das zu einem solchen ebenso überflüssigen, wie überlangbrachten Akademieberchluss notwendig war.

Da lobe ich mir viel lieber unsere hauptstädtische Approvisionierungskommission mit ihren erfolgreichen Milchrazzien. Man fand in der „Milch“ unserer Händler 10 bis 40 Prozent Wasser und zwar in 375 von 385 Fällen, also fast immer und überall. Was außer Wasser noch sonst alles für Milch verkauft wird, darüber schweigt der betreffende Polizeibericht. Das Strafverfahren wurde eingeleitet, die Händler werden, nachdem sie viele Tausende auf verbrecherische Weise verdient haben, mit Uebertretungsstrafen von ein paar hundert Kronen belegt und dann mag — zur Hebung der Kindergesundheit — das gemeingefährliche Pantischen der Milch aufs neue beginnen.

Wie weit sind wir doch immer noch von der reichsdeutschen Kultur entfernt! Das merkt man nicht nur an dem schreienden Bildungsmangel selbst unserer „gelehrten“ Kreise, sondern hauptsächlich an der fehlenden moralischen Gesittung jener Erwerbszweige, die sich an der Kriegsnöte der Bevölkerung unrechtmäßig bereichern. Wie hat doch König Ludwig von Bayern erst dieser Tage zu seinem Minister des Innern gesagt? Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß es bisher nicht gelungen ist, den abscheulichen Wucher und den unerhörten Eigennutz der Großgrundbesitzer und Großhändler auszuschalten. „Diesen Leuten muß das Handwerk gelegt und durch eine hohe Kriegsgewinnsteuer ihr Raub wieder abgewonnen werden.“

Ja, kommt denn so etwas in Deutschland vor? Bei uns gewiß nicht. Denn hier sorgt zumindest die Zensurbehörde dafür, daß dergleichen „aufreizende“ Sachen, wie das bairische Königswort, nicht veröffentlicht werden. Und trotzdem fand sich ein ungarisches Abendblatt, das seine Leser allen Ernstes davor warnte, der Anforderung zum massenhaften Anbau von Kürbis etwa aufzusitzen. Denn, so heißt es in der betreffenden Notiz, je mehr die ohne sonderliche Mühe fortkommende Kürbispflanze im Volke Verbreitung findet und je mehr der minderbemittelten Bevölkerung von dieser überaus nahrhaften Frucht zur Verfügung steht, desto rascher und sicherer werden alle Vorräte aufgekauft, eingelagert, verteuert und schließlich unveräußert zum Faulen gebracht. So geschah es mit dem Zwiebel und so wird es auch mit dem Kürbis geschehen. Und so sieht es bei uns mit der approvisionistischen Kriegsfürsorge im Hinterlande aus.